

**Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 06.07.2021**

**„Unterwanderung der Polizei Bremen und Ortspolizeibehörde Bremerhaven durch religiöse oder politische Extremisten“**

(Anfrage in der Fragestunde der Fraktion der FDP (Landtag))

**A. Problem**

Die Fraktion der FDP hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit sind dem Senat Versuche von Seiten politischer und/oder religiöser Extremisten bekannt, die zum Ziel haben oder hatten, sich bei der Polizei Bremen bzw. der Ortspolizeibehörde Bremerhaven „einzuschleichen“?
2. Welche Maßnahmen wurden in der Vergangenheit und werden heute ergriffen, um das Eindringen von politischen und/oder religiösen Extremisten bei der Polizei Bremen bzw. der Ortspolizeibehörde Bremerhaven zu verhindern?
3. Welche Maßnahmen werden ergriffen, um Personen, die sich bereits im Dienst der Polizei Bremen bzw. der Ortspolizeibehörde Bremerhaven befinden und sich nach ihrer Einstellung radikalisierten, zu identifizieren und wie wird mit Betroffenen dann umgegangen?

**B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

**Zu Frage 1:**

Gezielte „Einschleichversuche“ von Extremisten sind der Polizei im Land Bremen nicht bekannt.

Ein Bewerber wurde 2019 im Rahmen des damaligen Eignungsauswahlverfahrens aufgrund von Zweifeln an seiner charakterlichen Eignung abgelehnt. Die „charakterlichen Eignung“ wurde in Interviews mit der Auswahlkommission überprüft und umfasste auch ein glaubhaftes Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

**Zu Frage 2:**

Das Bewerbungs- und Eignungsauswahlverfahren für die Einstellung in den Polizeidienst als Polizeivollzugsbeamter:in oder auch für alle anderen Mitarbeiter:innen der Polizei Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven umfasst neben der Prüfung der charakterlichen Eignung die im Bremischen Polizeigesetz verankerte umfangreiche Zuverlässigkeitsprüfung aller Bewerberinnen und Bewerber. Auch vorher wurden bereits Sicherheitsüberprüfungen durchgeführt,

die allerdings eine Einverständniserklärung der Bewerberinnen und Bewerber voraussetzen.

Die Überprüfung wurde jetzt gemäß § 145 Bremisches Polizeigesetz um Open Source Intelligence und soziale Netzwerke erweitert. Sie ist ein wichtiger Baustein, um eine mögliche Unterwanderung der Polizeien im Land Bremen durch politische und/oder religiöse Extremisten zu verhindern.

### **Zu Frage 3:**

Wenn die Amtsleitungen aufgrund von Hinweisen an der Zuverlässigkeit eines Beschäftigten anzweifeln, wird eine anlassbezogene Zuverlässigkeitsüberprüfung durchgeführt, in deren Folge eine Entfernung aus dem Dienst betrieben werden kann.

Die Referentin für Vielfalt und Antidiskriminierung erstellt im Rahmen ihres Aufgabenbereichs ein Konzept, das langfristig zur Verbesserung der Organisationskultur im Umgang mit unerwünschten Verhaltensweisen führen soll sowie Vielfalt wertschätzt. In diesem Zusammenhang ist auch eine Auseinandersetzung mit der Frage der Implementierung defektiver Mechanismen erfolgt, die unerwünschte Verhaltensweisen und Einstellungen, wozu Extremismus jedweder Art zählt, sichtbar und erkennbar machen. An der Prüfung und Umsetzung entsprechender Maßnahmen wird derzeit gearbeitet.

### **C. Alternativen**

keine

### **D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung**

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

### **E. Beteiligung / Abstimmung**

Die Vorlage ist dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

### **F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

Nach Beschlussfassung durch den Senat erfolgt die Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister.

### **G. Beschluss**

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 21.06.2021 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.